

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

58. Sitzung
3. November 2025

Beginn: 14.32 Uhr
Schluss: 17.32 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Giffey (WiEnBe) und Herrn Staatssekretär Dr. Fischer (SenWiEnBe).
- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.
- Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 7. Oktober 2025 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 17. Oktober 2025, mit der der Beginn der Sitzung auf 14.30 Uhr verlegt wurde, vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Folgende Fragen wurden vorab schriftlich eingereicht:

- „Was bringt der gerade eröffnete AI-Hub für den Standort Berlin?“
(Fraktion der SPD)
- „Inwiefern ist im Rahmen der Umbaupläne für das Warenhaus am Alexanderplatz und eine zukünftige Nutzung als Zentrale Landesbibliothek weiterhin entsprechend des städtebaulichen Vertrags eine Verkaufsfläche von ca. 36.000 m² vorgesehen und welche Rolle spielt der Erhalt des Galeria-Standorts und der Arbeitsplätze in diesem Zusammenhang für den Senat?“
(Fraktion Die Linke)
- „Wie bewertet der Senat die Forderung der Amtsleiter*innen der Berliner Ordnungsämter nach einer Neuorganisation der Gewerbeaufsicht und welche konkreten Maßnahmen hat er seit Vorlage der Studie der Hochschule für Wirtschaft und Recht zur Struktur und Praxis der Gewerbeüberwachung im Land Berlin im Oktober 2021 eingeleitet?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Staatssekretär Dr. Fischer (SenWiEnBe) beantwortet diese Fragen sowie eine noch offene Frage der Fraktion Die Linke, die im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde in der 56. Sitzung des Ausschusses am 22. September 2025 aus aktuellem Anlass mündlich gestellt wurde. Im Anschluss wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Fernwärmeregulierung – Stand und Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0132](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs.

Herr Abg. Dr. Taschner (GRÜNE) und Herr Abg. Valgolio (LINKE) begründen den Besprechungsbedarf.

Der Ausschuss räumt Herrn Abg. Dr. Efler (LINKE) einvernehmlich das Rederecht gemäß § 25 Abs. 6, S. 1 GO Abghs ein.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Christian Feuerherd, Vorstandsvorsitzender (CEO), BEW Berliner Energie und Wärme AG,

- Herr Markus Kamrad, Vorstand, Verbraucherzentrale Berlin e.V.,
- Herr Dr. Tim Mennel, Themengebietsleiter Energiemarktdesign, Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), und
- Herr Dr. André Skopp.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen auch Frau Senatorin Giffey (WiEnBe) gemeinsam mit Herrn Staatssekretär Dr. Fischer (SenWiEnBe) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 2 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2486
**Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Klimaschutz- und Energiewendegesetzes**

[0254](#)
WiEnBe
Haupt(f)
StadtWohn
UK

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt der Tagesordnung die Stellungnahme des Senats vorliege, die den Mitgliedern des Ausschusses am 16. September 2025 per E-Mail zur Verfügung gestellt worden sei.

Weiter weist der Vorsitzende darauf hin, dass zu diesem Punkt ein Änderungsantrag (Anlage) der Fraktionen der CDU und der SPD vorliege. Dieser sei den Mitgliedern des Ausschusses ebenfalls per E-Mail am 27. Oktober 2025 übermittelt worden.

Herr Abg. Stroedter (SPD) begründet den Antrag – Drucksache 19/2486 – sowie den Änderungsantrag (Anlage) für die antragstellenden Fraktionen.

Im Anschluss an die Beratung wird der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD (Anlage) mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen. Im Ergebnis empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion, den Antrag – Drucksache 19/2486 – mit den zuvor beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2431

**Empfehlungen des Berliner Klimabürger*innenrats
endlich umsetzen**

[0253](#)
WiEnBe
UK(f)
Mobil

Herr Abg. Dr. Taschner (GRÜNE) begründet den Antrag.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Giffey (WiEnBe) gemeinsam mit Herrn Scholz (SenMVKU), dem Leiter der Arbeitsgruppe „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, Klimafolgenmonitoring“, Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/2431 abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste 59. Sitzung findet am Montag, dem 17. November 2025, um 14.00 Uhr, statt.

Der Vorsitzende

Der stellv. Schriftführer

Jörg Stroedter

Olaf Schenk



Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/ 2486

Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes

Der Antrag wird mit folgender Änderung beschlossen:

In § 30 Satz 1 werden nach den Worten „§ 10 Absatz 1,2 und 5“ die Worte „sowie § 19 Absatz 3“ gestrichen.

Begründung:

Die Streichung der Worte „sowie § 19 Absatz 3“ in Satz 1 des § 30 Übergangsvorschriften erfolgt, weil durch die vorliegende Gesetzesänderung die Solarpflicht auf Schulbauten nicht ausgesetzt werden soll, sondern fortgesetzt. Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere die Nutzung von mehr Solarenergie auf öffentlichen Schuldächern, kann signifikant zur Beschleunigung der breiteren Nutzung der Solarenergie beitragen und wird helfen das Ausbauziel von 25 Prozent an der Berliner Stromerzeugung schneller zu erreichen.

Berlin, den 27.10.2025

Lucas Schaal
Fraktion der CDU

Tamara Lüdke
Fraktion der SPD